



KMU-Forum

Tätigkeitsbericht für die Amtsperiode 2016–2019

1. Aufgaben, Zusammensetzung und Organisation des KMU-Forums

Das KMU-Forum ist eine Kommission von ausserparlamentarischen Expertinnen und Experten, die 1998 ins Leben gerufen wurde. Seine Mitglieder sind mehrheitlich Unternehmerinnen und Unternehmer. Im Rahmen von Vernehmlassungen prüft das KMU-Forum die Gesetzes- oder Verordnungsentwürfe, die Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, und gibt eine Stellungnahme aus der Sicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ab. Die Kommission befasst sich ausserdem mit spezifischen Bereichen der bestehenden Regulierung und schlägt gegebenenfalls Vereinfachungen oder Alternativen vor. Da die Unternehmen von der Umsetzung eines Grossteils der Regulierungen betroffen sind, ist es dem Bundesrat wichtig, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, damit die KMU nicht unnötig durch administrative Aufgaben belastet werden. Zusätzliche Kosten und Investitionen sollen ihnen erspart sowie Einschränkungen der Unternehmensfreiheit vermieden werden.

Die Aufgaben, die Zusammensetzung sowie die Funktionsweise des KMU-Forums sind in der Verordnung über die Koordination der Politik des Bundes zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen (VKP-KMU)¹ sowie in der am 5. Dezember 2014 letztmals aktualisierten Einsetzungsverfügung der Kommission geregelt. Das KMU-Forum zählt 15 Mitglieder, darunter 12 Unternehmerinnen bzw. Unternehmer aus verschiedenen Wirtschaftszweigen. Ein Vertreter der Gründerzentren für Unternehmen, eine Vertreterin der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren sowie ein Mitglied der Direktion des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) nehmen ebenfalls an den Sitzungen der Kommission teil.

In der Regel finden jedes Jahr sechs Treffen statt. Je nach Vorlage oder Thema werden Vertreterinnen bzw. Vertreter der Bundesverwaltung eingeladen, um die betreffende Gesetzesvorlage oder das behandelte Thema zu präsentieren. Das KMU-Forum kann auch Fachleute aus der Praxis, Mitglieder von Wirtschaftsorganisationen oder Vertreterinnen und Vertreter der akademischen Kreise hinzuziehen. Die Beiträge dieser Fachpersonen sollen den Kommissionsmitgliedern helfen, sich ein zuverlässiges Urteil über die geprüften Regulierungen zu bilden. Nach der Analyse der Regulierungen gibt das KMU-Forum Empfehlungen ab und lässt den betroffenen Ämtern eine Stellungnahme zukommen (meist im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung). Gemäss Artikel 13 VKP-KMU stellt das KMU-Forum auch den interessierten parlamentarischen Kommissionen eine Kopie seiner Stellungnahmen zu. Diese Bestimmung wurde 2006 eingeführt, um einer Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates zu folgen.²

Das Ressort «KMU-Politik» der Direktion für Standortförderung des SECO stellt das Sekretariat des KMU-Forums, organisiert die Sitzungen und führt Analysen zu den verschiedenen geprüften Regulierungen durch. Die Betriebskosten der Kommission belaufen sich auf rund 200 000 Franken pro Jahr (Honorare der Mitglieder, Lohn des verantwortlichen Mitarbeiters und weitere Auslagen), während sich die jährlich dank der Interventionen des KMU-Forums erzielten administrativen Entlastungen jeweils auf mehrere Dutzend Millionen Franken belaufen.³

¹ [VKP-KMU](#) (SR 172.091).

² Vgl. dazu [Stellungnahme des Bundesrates vom 18. Januar 2006](#) (S. 10 im verlinkten Dokument).

³ Vgl. Beispielliste auf Seite 3.



2. Rückblick und erzielte Ergebnisse

Während der Amtsperiode 2016–2019 hat das KMU-Forum im Rahmen von 21 Sitzungen 53 Regulierungen und Themen analysiert, welche die KMU betreffen.⁴ 46 Stellungnahmen wurden verfasst und den entsprechenden administrativen Einheiten zugestellt.⁵ In einer detaillierten Analyse wurde untersucht, wie sich die Vorlagen in der vorparlamentarischen sowie in der parlamentarischen Phase jeweils weiterentwickelt haben (siehe Anhang unten). Diese Analyse ergab für den Berichtszeitraum für die vom KMU-Forum abgegebenen Empfehlungen eine Erfolgsquote von durchschnittlich 70 Prozent.⁶ In der vorangehenden Amtsperiode (2012–2015) lag diese Quote bei 69 Prozent.

Im Jahr 2011 hat das KMU-Forum vom Bundesrat den formellen Auftrag erhalten, im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren zu prüfen, ob die Bundesämter bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen eine Messung der Regulierungskosten und eine KMU-Verträglichkeitsanalyse⁷ durchgeführt haben.⁸ Die Bundesämter sind dazu angehalten, diese Aspekte im Rahmen der Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) zu evaluieren und die entsprechenden Resultate im erläuternden Bericht oder in der Botschaft zu ihrer Vorlage zu präsentieren. Falls das KMU-Forum diesbezüglich Lücken feststellt, muss es dies in seiner Stellungnahme erwähnen. Die detaillierte Analyse zur Berechnung der Erfolgsquote der Empfehlungen des KMU-Forums hat gezeigt, dass seine Empfehlungen zu den RFA im Berichtszeitraum in 28 Prozent der Fälle berücksichtigt wurden.

Was die Information der Öffentlichkeit betrifft, sieht Ziffer 6 der Einsetzungsverfügung des KMU-Forums vor, dass es die Öffentlichkeit selbst über die Tätigkeiten informiert, die es im Rahmen seines Auftrags auszuführen hat. Es äussert sich dagegen nur sehr zurückhaltend zu politischen Themen, was das KMU-Forum indessen nicht daran hindert, die Öffentlichkeit über seine Tätigkeiten zu informieren. In der Berichtsperiode wurden in diesem Sinne zwei Medienmitteilungen veröffentlicht, eine am 28. Januar 2016 zum Tätigkeitsbericht 2012–2015 und eine am 2. Mai 2019 anlässlich des 20-jährigen Bestehens des KMU-Forums. Die Stellungnahmen werden auf der Website des KMU-Forums unter www.forum-kmu.ch publiziert. Seit 2018 werden im Newsletter des «KMU-Portals» des SECO gelegentlich Artikel dazu publiziert.⁹ Ausserdem wurden in privaten Medien der Deutschschweiz, der Romandie bzw. des Tessins zehn Artikel zum KMU-Forum veröffentlicht.

In der Amtsperiode 2016–2019 trugen die Arbeiten des KMU-Forums dazu bei, den Anstieg der administrativen Belastung für die Unternehmen zu bremsen und in gewissen Fällen auch zu reduzieren. Dank der Erfahrung der Kommissionsmitglieder und der beigezogenen Fachleute konnte das KMU-Forum einschlägige Vereinfachungsvorschläge formulieren, die in 70 Prozent der Fälle berücksichtigt wurden. Die gegenüber der Periode 2012–2015 gestiegene Zahl der Stellungnahmen (+12 %)¹⁰ und die häufigen Kontakte mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung führten zudem in den Ämtern dazu, dass das Bewusstsein für die Anliegen der KMU gestärkt wurde. Die Ämter schenken bei der Ausarbeitung von Regulierungsvorlagen den Kosten, der administrativen Belastung und der KMU-Verträglichkeit immer mehr Beachtung.

⁴ Die Liste der behandelten Themen ist auf der Website des KMU-Forums verfügbar: www.forum-kmu.ch.

⁵ 31 dieser Stellungnahmen wurden im Rahmen von öffentlichen Vernehmlassungen eingereicht und sind unter «Stellungnahmen» auf der Website www.forum-kmu.ch verfügbar. Insgesamt wurden 119 Empfehlungen zur Verringerung der administrativen Belastung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die KMU formuliert.

⁶ Entspricht dem Durchschnitt der pro Stellungnahme berücksichtigten Empfehlungen.

⁷ Bezüglich administrativem Aufwand, Verwaltungshindernissen usw.

⁸ Bericht des Bundesrates vom 24. August 2011 «[Die administrative Entlastung von Unternehmen: Bilanz 2007–2011 und Perspektiven 2012–2015](#)», Massnahme 2 (S. 23).

⁹ Dieses Online-Portal bietet zahlreiche Informationen und verschiedene Instrumente für KMU und ist unter www.kmu.admin.ch zu finden. Seit 2018 sind im Newsletter des «KMU-Portals» neun Artikel zu Stellungnahmen des KMU-Forums erschienen, die für einen Grossteil der KMU von Interesse waren.

¹⁰ In der Amtsperiode 2012–2015 wurden 41 Stellungnahmen formuliert.



Beispiele

Datenschutzgesetz

Im April 2017 hat das KMU-Forum zu einem Revisionsentwurf des Datenschutzgesetzes Stellung genommen¹¹ und darin unter anderem eine Entlastungsmassnahme für die KMU in Bezug auf die Datenschutz-Folgenabschätzung empfohlen, sodass unter gewissen Voraussetzungen Branchenlösungen infrage kommen. Ein von den Branchenverbänden (z.B. der Ärztinnen/Ärzte, Anwältinnen/Anwälte, Banken oder Vermögensverwalter) erarbeiteter Verhaltenskodex könnte somit die von den Mitgliedern dieser Verbände einzeln durchgeführten Folgenabschätzungen ersetzen – ähnlich wie die Leitlinien für gute Verfahrenspraxis in der Lebensmittelwirtschaft. Diese Empfehlung wurde unterdessen berücksichtigt.¹² Mit dieser Lösung können administrative Kosten von mehreren Millionen oder sogar mehreren Dutzend Millionen Franken eingespart werden.

Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen

Die im April 2018 im Rahmen der in die Vernehmlassung gegebenen Vorlage zur Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum formulierten Forderungen des KMU-Forums trugen dazu bei, dass der überarbeitete Entwurf nun Übergangsfristen vorsieht.¹³ Bei der Umwandlung von Inhaberaktien in Namenaktien können die betroffenen KMU nun eine in einem anderen Bereich fällige Statutenänderung dazu nutzen, um die Statuten dem neuen Recht anzupassen. Dadurch können sie (gemäss den Schätzungen in der Botschaft) rund 20 Millionen Franken einsparen.

Auf Anregung des KMU-Forums hat das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen zudem eine detaillierte Anleitung für KMU¹⁴ ausgearbeitet und den Unternehmen über verschiedene Kanäle, darunter das KMU-Portal des SECO, zur Verfügung gestellt. Dank der Anleitung dürften rund 57 000 betroffene Unternehmen zahlreiche Arbeitsstunden einsparen.

Reform der Ergänzungsleistungen

Im Rahmen der Vernehmlassung zu dieser Vorlage hat sich das KMU-Forum gegen die vorgesehene Beschränkung der Kapitalbezüge, insbesondere für die Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit, ausgesprochen.¹⁵ Leider wurden seine Anliegen in Bezug auf diesen Punkt nicht berücksichtigt, obwohl umfassende Analysen durch- und zahlreiche stichhaltige Argumente angeführt wurden.¹⁶ Dafür wurde dieser Punkt in der Folge in den parlamentarischen Beratungen wieder aufgenommen; die Mitglieder der beiden Räte hatten zuvor eine Kopie der Stellungnahme des KMU-Forums erhalten.¹⁷ Die Beschränkung, die so vermieden wurde, hätte sich auf das Unternehmertum in der Schweiz und die Wirtschaft insgesamt sehr negativ ausgewirkt.

¹¹ Vgl. [Stellungnahme](#) vom 4.4.2017.

¹² Vgl. Art. 20 Abs. 5 E-DSG im an das Parlament überwiesenen [Entwurf](#).

¹³ Vgl. [Stellungnahme](#) vom 18.4.2018.

¹⁴ Vgl. [Anleitung](#) auf der Website des Eidgenössischen Finanzdepartements.

¹⁵ Vgl. [Stellungnahme](#) vom 18.3.2016.

¹⁶ Vgl. Einzelheiten auf den Seiten 2 und 3 der Stellungnahme.

¹⁷ Im Einklang mit Art. 13 [VKP-KMU](#).



3. Beurteilung der Situation im Bereich administrative Entlastung und Empfehlungen

In den letzten zehn Jahren haben die Schweizer Unternehmen auf eine Nettozunahme der administrativen Belastung und der Regulierungskosten hingewiesen. Dies zeigen die Ergebnisse der Befragungen zur subjektiven Wahrnehmung der Unternehmen, die im Rahmen des vom SECO in Auftrag gegebenen Bürokratiemonitors¹⁸ durchgeführt wurden, sowie weitere Studien und Befragungen von verschiedenen anderen Organisationen.¹⁹ Zahlreiche Massnahmen trugen zwar in gewissen Bereichen zur Senkung der Kosten bei oder verhinderten zumindest eine weitere Zunahme. Gleichzeitig wurde aber eine Vielzahl neuer Regulierungen verabschiedet, die die positiven Auswirkungen der eingeführten Entlastungsmassnahmen wieder zunichtemachen.²⁰ Die Mitglieder des KMU-Forums sind der Ansicht, dass sich eine Trendwende nur durch eine Anpassung des Regulierungsprozesses und des institutionellen Rahmens erreichen lässt. Die bisher ergriffenen Massnahmen und geschaffenen Instrumente können zurzeit weder die zunehmende administrative Belastung senken noch die steigenden Regulierungskosten auf Bundesebene wirksam bremsen. Deshalb ist das KMU-Forum der Meinung, dass es dringend neue Mechanismen braucht, wie sie in mehreren anderen Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) bereits existieren.

Die Mitglieder des KMU-Forums begrüßen in diesem Zusammenhang, dass das Parlament am 20. März 2019 zwei Motionen angenommen hat, von denen die eine die Einführung einer Regulierungsbremse²¹ verlangt und die andere ein Gesetz zur Reduktion der Regelungs-dichte²² fordert. Gefreut hat sich das KMU-Forum ausserdem über den Beschluss des Bundesrates, ab dem 1. Februar 2020 verschiedene Massnahmen zur Stärkung der RFA in Kraft zu setzen.²³ Die Mitglieder des KMU-Forums sind jedoch der Meinung, dass die Schaffung eines Organs zur Überprüfung der RFA²⁴ trotz dieser punktuellen Verbesserungsmassnahmen nach wie vor notwendig ist. Ausserdem sollte in ihren Augen der Bundesrat der Bundesverwaltung ein verbindliches Ziel zur Reduktion der durch bestehende Regulierungen verursachten Bruttokosten vorschreiben.

Gemäss der Analyse des jährlich von der Weltbank erstellten Rankings der Volkswirtschaften hat die Wettbewerbsfähigkeit der Rahmenbedingungen in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern in den letzten Jahren stark abgenommen. Die Schweiz belegt 2020 nur noch den 36. Rang gemessen am Regulierungsumfeld für Unternehmen, während sie 2007 noch auf Platz 15 rangierte.²⁵ Aus diesem Grund sind die Mitglieder des KMU-Forums der Ansicht, dass es dringend zusätzliche Massnahmen zur Reduktion der administrativen Belastung braucht. Es müssen gezielt neue Impulse gesetzt werden, um den Anstieg der Regulierungskosten in der Schweiz wirksam und dauerhaft zu bremsen.

¹⁸ Vgl. letzte Ausgabe des «[Bürokratiemonitors](#)» (April 2019). Aus dieser Studie geht hervor, dass zwei Drittel der über 2000 befragten Unternehmen ihre administrative Belastung als hoch oder eher hoch einstufen.

¹⁹ Z.B. Studie des *World Economic Forum* (WEF): «[The Global Competitiveness Report 2017–2018](#)», die auf S. 278 zeigt, dass die administrative Belastung in der Schweiz als Haupthindernis für die wirtschaftliche Entwicklung gilt. Die Situation hat sich seither nicht verbessert (vgl. [Bericht 2019](#), S. 535); die Schweiz hat beim Indikator «*Burdens of government regulation*» (administrative Belastung) sogar zwei Plätze verloren.

²⁰ Der Bericht des Bundesrates vom 27.11.2019 «[Administrative Entlastung, Bilanz 2016–2019](#)» enthält ab S. 46 eine Liste der Regulierungen, die zu einer zusätzlichen Belastung führten.

²¹ Motion der FDP-Liberalen Fraktion [16.3360](#): «*Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen*».

²² Motion Sollberger [16.3388](#): «*Entwurf für ein Bundesgesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen*».

²³ Vgl. [Medienmitteilung](#) des Bundesrates vom 6.12.2019 zu diesem Thema.

²⁴ Im Einklang mit der Motion Vogler [15.3400](#) «*Vermeidung unnötiger Bürokratie durch wirkungsvolle Bedarfsanalysen und Regulierungsfolgenabschätzungen*», der Motion FDP-Liberalen [15.3445](#) «*Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken*» sowie der parlamentarischen Initiative der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates [19.402](#) «*Unabhängige Regulierungsfolgenabschätzung*».

²⁵ Vgl. Bericht: «[Doing Business 2020](#)», S. 4.

ANHANG ZUM BERICHT

Methode zur Berechnung der Erfolgsquote der Empfehlungen und zusätzliche Informationen

- Nur die vom KMU-Forum im Rahmen von öffentlichen Vernehmlassungen der Bundesverwaltung abgegebenen Stellungnahmen wurden bei der Berechnung der Erfolgsquote der Empfehlungen der Kommission berücksichtigt.
- Ausgewertet wurde jede einzelne Stellungnahme gestützt auf die vom Bundesrat verabschiedeten Vorlagen und im Falle von Gesetzesentwürfen anhand der den eidgenössischen Räten zur Schlussabstimmung unterbreiteten Texte. Die Unterlagen zu den abgeschlossenen Vernehmlassungen (Wortlaut der Verordnungs-/Gesetzesentwürfe, erläuternde Berichte usw.) können online auf dem [Portal der Schweizer Regierung](#) und jene zu den vom Parlament verabschiedeten Gesetzen auf der Website der [Bundesversammlung](#) konsultiert werden.
- Für die Berechnung der durchschnittlichen Erfolgsquoten der Amtsperiode 2016–2019 wurde für jede einzelne Stellungnahme untersucht, inwiefern sie berücksichtigt wurde. Die entsprechenden Resultate geben eine Grössenordnung, liefern aber keine Angaben zum effektiven Umfang der Kosten und der administrativen Belastung der im Berichtszeitraum geprüften Regulierungsvorlagen. Einige davon betrafen sehr viele Unternehmen, während andere Fragen regelten, die nur für eine begrenzte Anzahl von KMU von Belang sind, z.B. Fachbranchen. Unabhängig davon verursachen gewisse Gesetzesänderungen bedeutende Regulierungskosten, die sich je nachdem pro Jahr auf mehrere Dutzend oder Hunderte Millionen Franken belaufen können (z.B. Revision des Medizinprodukterechts). Andere wiederum wirken sich weniger markant auf die potenziell betroffenen Unternehmen aus (z.B. Vorlage zur Änderung der Zivilprozessordnung). Mehrere Empfehlungen des KMU-Forums trugen dazu bei, den Aufwand und die Regulierungskosten für die KMU um mehrere Millionen oder manchmal sogar mehrere Dutzend Millionen Franken zu reduzieren, sei dies beispielsweise im Rahmen der Revision des Datenschutzgesetzes oder bei der Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen.¹ Einige Empfehlungen führten dahingegen nur zu einer relativ bescheidenen Reduktion der administrativen Belastung für die betroffenen KMU.
- In mehreren Fällen wurden die Empfehlungen der Kommission erst in der parlamentarischen Phase berücksichtigt. Das gilt beispielsweise für die Vorlage zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung². Die Erfolgsquote erhöht sich aus diesem Grund. Sie betrug für den Berichtszeitraum daher insgesamt 69,87 Prozent.

¹ Vgl. dazu Erläuterungen auf S. 3 im Tätigkeitsbericht.

² Vgl. entsprechende Informationen im Tätigkeitsbericht auf S. 3.

Berücksichtigung der Empfehlungen des KMU-Forums (Amtsperiode 2016–2019 / Stand am 13.12.2019)

Im Rahmen von öffentlichen Vernehmlassungen auf Bundesebene geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung (kumuliert)
Revisionsvorlage für das Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und Innovation (FIG) (SR 420.1)	25.11.2019	3	läuft	-	wird später behandelt	-	-
Vorlage zum Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich	14.10.2019	3	läuft	-	wird später behandelt	-	-
Vorlage zur Totalrevision der Medizinprodukteverordnung (SR 812.213) und einer neuen Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten	04.09.2019	4	läuft	-	im Parlament nicht behandelt	-	-
Entwurf zur Änderung des Zivilgesetzbuches (SR 210, Unternehmensnachfolge)	30.08.2019	1	läuft	-	wird später behandelt	-	-
Vorlagen zur Änderung der Handelsregisterverordnung (SR 221.411) und der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1)	27.05.2019	2	läuft	-	im Parlament nicht behandelt	-	-
Entwurf zum Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und zur Änderung der Grundbuchverordnung (SR 211.432.1)	07.05.2019	4	läuft	-	wird später behandelt	-	-
Vorlage zur Aufhebung der Industriezölle (Änderung des Zolltarifgesetzes, SR 632.10)	21.03.2019	2	2	2/2	läuft	-	-
Verordnungsentwürfe zum Finanzdienstleistungs- und zum Finanzinstitutsgesetz	06.02.2019	8	4	4/8	im Parlament nicht behandelt	-	-
Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (SR 837.0)	06.02.2019	1	1	1/1	läuft	-	-
Indirekter Gegenvorschlag zur «Fair-Preis-Initiative» (Änderung des Kartellgesetzes, SR 251)	22.11.2018	3	2	2/3	läuft	-	-
Entwurf des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung	16.11.2018	4	2	2/4	läuft	-	-

Im Rahmen von öffentlichen Vernehmlassungen auf Bundesebene geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung (kumuliert)
Vorlage zur Änderung des Geldwäschereigesetzes (SR 955.0)	21.09.2018	7	6	6/7	läuft	-	-
Vorlage zur Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz – Sonderbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik (SR 822.112)	10.09.2018	1	1	1/1	im Parlament nicht behandelt	-	-
Entwurf für ein neues Bundesgesetz über elektronische Medien	10.09.2018	1	Verzicht auf die Vorlage	-	-	-	-
Vorlage zur Revision der Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.35)	13.07.2018	2	.. ³	-	im Parlament nicht behandelt	-	-
Vorlage zur Änderung der Zivilprozessordnung (SR 272)	11.06.2018	1	läuft	-	wird später behandelt	-	-
Vorlage zur Neuregelung des Medizinprodukterechts (Änderung des Heilmittelgesetzes, SR 812.21, und des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse, SR 946.51)	11.06.2018	6 (eine davon zur RFA) ⁴	3	3/6	erledigt	-	2/6 ⁴
Vorlage zur Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen und den Informationsaustausch	18.04.2018	4	3	3/4	erledigt	-	3/4
Totalrevision der EFD-Quellensteuerverordnung (SR 642.118.2)	29.12.2017	1	1	1/1	im Parlament nicht behandelt	-	-
Steuervorlage 17	04.12.2017	8	1	1/8	erledigt	+3	4/8
Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2016 (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen)	14.09.2017	10 (eine davon zur RFA)	3	3/10	im Parlament nicht behandelt	-	-

³ Die zwei Empfehlungen des KMU-Forums betrafen einen Artikel, der in der definitiven Version der Vorlage, die der Bundesrat am 30.11.2018 verabschiedet hat, nicht mehr enthalten war.

⁴ Die Empfehlung zur Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) betrifft für die Berechnung nur die vorparlamentarische Phase.

Im Rahmen von öffentlichen Vernehmlassungen auf Bundesebene geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung (kumuliert)
Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (SR 211.412.41)	28.06.2017	1	Verzicht auf die Vorlage	1/1 ⁵	im Parlament nicht behandelt	-	-
Vorlage zur Revision der Chemikalienverordnung (SR 813.11) und der Biozidprodukteverordnung (SR 813.12)	29.05.2017	3	3	3/3	im Parlament nicht behandelt	-	-
Vorentwurf für das Bundesgesetz über die Totalrevision des Datenschutzgesetzes (SR 235.1) und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz	04.04.2017	15 (eine davon zur RFA)	10	10/15	läuft	-	-
Vorlage zur Umsetzung des WTO-Beschlusses zum Ausfuhrwettbewerb	19.01.2017	4 (eine davon zur RFA) ⁶	1	1/4	erledigt	-	1/3 ⁶
Vorentwurf zur Änderung des Auftragsrechts in Artikel 404 des Obligationenrechts (SR 220)	30.12.2016	3 (eine davon zur RFA)	Verzicht auf die Vorlage	-	im Parlament nicht behandelt	-	-
Klimapolitik der Schweiz nach 2020	30.11.2016	5 (eine davon zur RFA)	3	3/5	läuft	-	-
Verordnungspaket Umwelt Frühling 2017 (Revision der Altlasten-Verordnung, SR 814.680)	15.09.2016	4 (eine davon zur RFA)	2	2/4	im Parlament nicht behandelt	-	-
Ausführungsrecht zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier	29.06.2016	2	2	2/2	im Parlament nicht behandelt	-	-
Vorlage zur Änderung des Erbrechts	20.06.2016	2	1	1/2	läuft	-	-
Vorlage zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.30)	18.03.2016	4 (eine davon zur RFA) ⁶	2	2/4	erledigt	+1	2/3 ⁶
Total: 31 geprüfte Regulierungsvorlagen		Total: 119		Durchschnitt: 67,69%⁷			Durchschnitt: 69,87%

⁵ Das KMU-Forum verlangte in seiner Stellungnahme, dass die Vorlage nicht weiterverfolgt wird. Der Bundesrat hat in der Folge beschlossen, auf die Vorlage zu verzichten.

⁶ Die Empfehlung zur Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) betrifft für die Berechnung nur die vorparlamentarische Phase.

⁷ Entspricht dem Durchschnitt der pro Stellungnahme berücksichtigten Empfehlungen.